

Lies kritisiert grüne Umweltminister als unsolidarisch

Keine Einigung zu Abschüssen von Wölfen / Verweigerungshaltung aus parteipolitischem Kalkül heraus?

Dirk Fisser, Kay Müller

OSNABRÜCK Nachdem sich die Umweltministerkonferenz in der vergangenen Woche nicht auf bundesweit einheitliche Regelungen zum Abschuss sogenannter Problemwölfe geeinigt hat, kritisiert Niedersachsens Ressort-Chef Olaf Lies nun seine grünen Ministerkollegen. Im Gespräch mit unserer Redaktion sagte der SPD-Politiker: „Die Weigerung der Grünen ist politisch motiviert und unsolidarisch gegenüber dem Bund und den besonders betroffenen Ländern.“

Der entsprechende Handlungsleitfaden, der auf der Fachministerkonferenz vergangene Woche zur Abstimmung stand, sei von Experten durch das Bundesumweltministerium erarbeitet worden und biete Rechtssicherheit im Umgang mit Wölfen, die immer wieder Nutztiere gerissen hätten.

„Der Leitfaden ist die Chance, den Dauerstreit um den Wolf erheblich zu entschärfen. Diese Chance aus reinem parteipolitischem Kalkül heraus verstreichen lassen zu wollen, halte ich für fahrlässig“, sagte Lies.

Auf der Umweltministerkonferenz hatten lediglich Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland erklärt, den Leitfaden zur Grundlage im Umgang mit dem Wolf zu machen. Auch der Bund hatte Zustimmung signalisiert.

Die grünen Ressortchefs indes hatten Bedenken angemeldet, darunter auch die Senatoren der Stadtstaaten. „Der Wolf bereitet auf dem Land Probleme. Ich finde es befremdlich, wenn dann ausgerechnet Stadtstaaten eine Lösung blockieren.“ Aber auch die Weigerungshaltung seiner grünen Ressortkollegen aus Flächenländern be-



Der Wolf bleibt ein Streitthema.

Foto: dpa/Carsten Rehder

zeichnete Lies als unverständig.

Erst auf der nächsten Umweltministerkonferenz soll der Leitfaden nun erneut beraten werden. Das wäre allerdings erst nach der Bundestagswahl. „Offenbar wollen sich die Grünen bis dahin um eine Entscheidung drücken“, monierte Lies. Dabei brauche es dringend ein einheitliches

Handeln der Länder. Dieses fordere auch die EU und drohe andernfalls mit einem Vertragsverletzungsverfahren, sagte der Minister. „Der Normalfall bleibt der Herdenschutz, etwa in Form von Zäunen. Die Ausnahmegenehmigung zum Abschuss von Wölfen bleibt auch mit dem Leitfaden genau das: eine Ausnahme.“

Schleswig-Holsteins Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) reagierte irritiert auf die Kritik aus Niedersachsen. Er sagte unserer Redaktion: „Es geht um ein paar Punkte, bei denen wir sichergehen müssen, dass der Leitfaden nicht dem Naturschutzgesetz widerspricht.“ Es gehe vor allem darum, dass jene Verwaltungsbeamte, die den Abschuss eines Problemwolves anordneten, eine eindeutige Grundlage dafür hätten. Das Bundesnaturschutzgesetz habe das nicht klar genug geregelt. Bei dem, was auf der Umweltministerkonferenz dazu besprochen worden sei, fühle er sich mit seinem Kurs in Schleswig-Holstein bestätigt.

Vergebliche Suche

Albrecht hatte im Januar 2019 den Abschuss eines sogenannten Problemwolves verfügt, der Zäune überwun-

den und Schafe gerissen hatte. Jäger konnten den Wolf trotz intensiver Suche nicht erlegen. Im Januar 2020 wurde das Tier dann überfahren und tödlich verletzt – in Niedersachsen.

Niedersachsens Umweltminister Lies hat bundesweit mit die größten Probleme mit den Raubtieren. 2020 sollen nach vorläufigen Zahlen des Ministeriums mehr als 1400 Nutztiere durch Wölfe getötet oder verletzt worden sein. Vier der Raubtiere waren in den vergangenen Wochen mit behördlicher Genehmigung erschossen worden. Die Landesregierung hält diese Abschussgenehmigungen geheim. Sie teilt nicht einmal mit, wie viele Wölfe derzeit landesweit getötet werden dürfen. Die in Niedersachsen oppositionellen Grünen klagen dagegen vor dem Staatsgerichtshof. Sie wollen die Regierung zu mehr Transparenz zwingen.